

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel. -Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Er scheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; antilich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei zwanzeufiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 151

Dienstag, den 2. Juli 1929

81. Jahrgang

Wegeesperrung

Die Straße von Richtenberg nach Pulsnitz wird vom 4. Juli 1929 bis voraussichtlich den 12. Juli 1929 wegen Beschotterung und die Dorfstraße in Richtenberg vom 5. Juli 1929 ab bis voraussichtlich den 27. Juli 1929 wegen Pflasterung für allen Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr wird auf die Nebenwege verwiesen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 1. Juli 1929

Mittwoch, den 3. Juli 1929, vormittag 11 Uhr, sollen in Pulsnitz, Sammelort der Bieter: Restaurant zum „Bürgergarten“:

1 Kutschwagen, 18 Felle, 1 Badeeinrichtung, 1 Grammophon, 1 Abriemaschine, 34 Paar Stiefel und Halbstiefel, ca. 50 Paar Damenschuhe, 1 Ladentafel, 1 Warenschrank, 2 Pulte

meißelnd gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Pulsnitz, den 2. Juli 1929. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Öffentliche Stadtverordneten = Sitzung

am Donnerstag, den 4. Juli 1929, abends 1/8 Uhr
im großen Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung: I. Kenntnisnahmen. II. Beratungen und Beschlüßfassungen: 1. Wahl eines Vertrauensbürgers in den Wasserwerksausschuß. 2. Mittelbewilligung zur Erweiterung des städtischen Rohrnetzes anlässlich des Baues der Pulsnitz-Brücke. III. Anfragen und Anträge.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Pulsnitz, am 1. Juli 1929.

Karl Zimmermann, Stadtverordnetenvorsteher.

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

Das Wichtigste

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, hat sich am Montag abend um 9.30 Uhr zur Erholung nach Baden-Baden begeben.

Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Stegerwald sandte dem Bodensee-Verkehrsamt aus Anlaß des schweren Flugzeugunglücks ein Beileidstelegramm.

Nach einer Meldung des „D. V. Z.“ aus Friedrichshafen hat das Flugzeugunglück auf dem Bodensee ein sechstes Todesopfer gefordert. Der Apotheker Gieseler aus Friedrichshafen ist im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Dr. Eckener und Kapitän Lehmann sind am Montag abend mit dem Nachschiff nach Berlin abgereist, um dort Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen über die Weltfahrt des „Graf Zeppelin“ zu führen.

Der preussische Landtag erledigte am Montag die erste Beratung des Staatsvertrages zwischen Preußen und dem Heiligen Stuhl. Die Vorlage wurde der Ausschussberatung überwiesen, die bereits heute, Dienstag beginnen soll.

Wie die „Nationale Korrespondenz“, der Presseblatt der Deutschen Volkspartei, mitteilt, findet der nächste Parteitag der Deutschen Volkspartei am 19. und 20. Oktober in Mannheim statt.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten

(Die Frage nach der Witterung im Juli) beantwortet der hundertjährige Kalender so, daß der 1. und 2. Nebel, die Tage vom 3. bis 6. Juli aber beständigen Regen bringen. Vom 7. bis 14. Juli soll es sehr windig sein, während nach einem regnerischen 15. dann schönes Wetter bis zum Ende des Monats vorherrschen soll.

(Aenderung des sächsischen Finanzanschlages?) Wie uns aus Dresden gemeldet wird, beantragen die Sozialdemokraten im Landtag eine Aenderung des Landesfinanzanschlages dahin, daß der Anteil des Landesausgleichsstockes an den Ueberweisungssteuern zugunsten des Staates von 3 auf 8 Prozent erhöht und der Bezirksanteil an der Einkommens- und Körperschaftsteuer günstiger für die Gemeinden berechnet werden soll.

(Wiedersehensfeier ehemaliger Angehöriger des 32. Inf.-Regts. 32. Brig.-Ersatz-Btl. 63 und 64.) Am 1. September 1929 findet in Dresden im Eldorado, Steinstraße 15, die erste Wiedersehensfeier ehemaliger Angehöriger des 32. Inf.-Regts. 32. Brig.-Ersatz-Btl. statt. Die Ausföhrung der Veranstaltung hat die Kameradschaftliche Vereinigung ehem. 32. Inf.-Regts. übernommen. Es wird kein besonderes Programm aufgestellt. Nur der Kameradschaft soll dieser Tag gewidmet sein. Das Programm sei die Erneuerung der Freundschaftsbände, die in schweren Stunden geknüpft wurden. Alle ehem. 32er, auch die keiner Vereinigung angehören, werden zur Teilnahme herzlich eingeladen. Zusagen mit genauer Anschrift und Anschriften von bekannten Kameraden erbittet Kamerad Walter Ulbricht, Chemnitz, Tannenstraße 10, der zu jeder weiteren Auskunftserteilung gern bereit ist.

Großnaundorf. Aufklärungsvortrag: Jeder Familie ein Eigenheim! Am Donnerstag, den 4. Juli 1929, abends 8 Uhr findet im Gasthof Lunze in Großnaundorf ein Aufklärungsvortrag über die Gemeinschaft der Freunde in Wilsdorf statt, der allen, die sich ein eigenes Heim wünschen, Gelegenheit bieten soll, die Organisation des Wilsdorfer Hilfsvereins kennen zu lernen. Bekanntlich ist die Gemeinschaft der Freunde in Deutschland die größte und leistungsfähigste Bauvereinigung. In den letzten Tagen fand bei der Gemeinschaft der Freunde eine

Die DDP über die Gestaltung der künftigen Finanzpolitik des Reiches

Schiele über die Agrarmaßnahmen

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer letzten Sitzung einstimmig folgende Entschlieung gefaßt:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat gelegentlich der Beratungen über den Haushaltsplan für 1929 mit nachdrücklichem Ernst darauf hingewiesen, daß die Beschränkung der deutschen Wirtschaft mit Steuern und Lasten das Maß des Ertrags übersteigert hat und daß infolgedessen die Ausgabenwirtschaft der letzten Jahre ein Ende haben muß. Sie hat bei Gestaltung des Haushalts 1929 dieser Auffassung Geltung verschafft. Ohne Verringerung der gesellschaftlichen Grundlagen für menschliche Ausgaben kann das Ziel jedoch nicht völlig erreicht werden. Daher hat die Fraktion zunächst bei der die Reichsfinanzen in besonderer Art und Höhe belastenden Arbeitslosenversicherung Anträge gestellt, welche die schwersten Schäden beseitigen sollen. Die Fraktion wird in ihrem Bestreben, die öffentlichen Ausgaben zu vermindern und die Wirtschaft zu entlasten fortfahren, auch auf anderen Gebieten die erforderlichen Änderungen der gesellschaftlichen Grundlagen für Ausgaben im Haushalt anstreben, sowie die von ihr gestellten Anträge auf Aenderung der Reichsverfassung weiter betreiben.

Die Schlußabrechnung des Haushalts 1928 hat einen erheblichen Fehlbetrag ergeben. Auch für das Haushaltsjahr 1929 ist ein unangenehmer Abschluß zu befürchten. Selbst für den Fall, daß die Tributlasten vermindert werden, ist daher für das laufende Etatsjahr kaum mehr erreichbar als die Abdeckung der entstandenen Fehlbeträge, darüber hinaus die Erleichterung der Kassenlage und die Ansammlung eines dringend erforderlichen Betriebsfonds. Erst vom 1. April 1930 an werden fühlbare Erleichterungen eintreten können.

Voraussetzung für solche Erleichterungen ist aber, daß Mehrausgaben vermieden werden. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird sich allen anders gerichteten Bestrebungen energisch entgegenstellen.

Bei der Gestaltung der künftigen Finanzpolitik verdienen die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern ernsthafte Beachtung. Kernproblem dieses Finanzanschlages ist die Herbeiföhrung sparsamer Wirtschaft auch in Ländern und Gemeinden. Dazu muß mit allen Kräften auf die Schaffung einer Höchstgrenze für die Ueberweisungssteuern hingearbeitet werden. Eine solche Höchstbegrenzung ist nicht nur unter dem Gesichtswinkel sparsamer Wirtschaft, sondern auch zum Ausgleich für die bestehende Mindestgarantie erforderlich. Da die Fraktion die Höhe der Realsteuer und besonders ihre veränderliche Wirkung auf den gewerblichen Mittelstand und die Landwirtschaft mit großer Sorge verfolgt, so schreckt sie äußerstenfalls vor dem Gedanken einer reichsgesellschaftlichen Begrenzung der Realsteuern nicht zurück.

Aber auch die Ueberspannung der anderen direkten Steuern ist nicht länger erträglich. Sie hat ausreißende Kapitalbildung verhindert und darüber hinaus zu einer höchst bedenklichen Abwanderung von Kapital geführt, also zu Gefahren für Gütererzeugung und Beschäftigungsgrad. Sie hat bemerkt, daß breite Schichten unseres Volkes nicht mehr den Lebenspielraum haben, der ihnen wirtschaftlichen Fortschritt und kulturellen Aufstieg ermöglicht. Die Fraktion ist der Ansicht, daß diesen Folgen der Ueberlastung des Steuerzahlers nur durch Lastenabbau zu begegnen ist.

Für den Fall neuer Tributvereinbarungen verlangt die Fraktion, daß die entstehenden Erleichterungen nicht zur Finanzierung neuer Aufgaben, vielmehr reiflos zur Senkung der Steuern und Lasten verwandt werden.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erwartet von der Reichsregierung für den Herbst Gesetzesvorlagen, durch welche ihren hier gekennzeichneten Absichten Rechnung getragen wird.

Schiele über die Agrarmaßnahmen

Berlin, 1. Juli. Der Präsident des Reichslandbundes, Reichsminister a. D. Schiele, äußerte sich in einer Unterredung mit

einem Vertreter der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ über die Ergebnisse der letzten landwirtschaftlichen Maßnahmen.

Dr. Schiele erkannte an, daß der notwendige Schutz der deutschen Milchwirtschaft, des Kartoffelbaues und der Zuckerrückenschicht wesentlich verstärkt worden und damit die Voraussetzung zur Wiederherstellung der Rentabilität in diesen Betriebszweigen der deutschen Landwirtschaft weitgehend gegeben worden sei. Es dürfte aber freilich nicht übersehen werden, daß es sich hierbei, die Gesamtlage der Landwirtschaft in Betracht gezogen, nur um eine Verringerung von Verlusten, nicht aber schon um die Gewinnung oder gar Steigerung einer Rente handele. Die Wiederherstellung des Paragrafen 12 des Fleischschlachtungs- und die Vereinfachung des Veterinärwesens dagegen könnten bei zweckmäßiger Handhabung allmähliche Hilfe bringen. Die Aufhebung der Zwischengülle sei in jeder Beziehung ungenügend. Angesichts der ungeheuren Uebererzeugung des Weltweizenbaues werde die geringe Erhöhung des Zollschutzes für Weizen nur zu leicht von der ausländischen Einfuhr überflutet werden, zumal man es bei Einführung des Verzehrszwanges bei Weizen verjümt habe, die notwendigen Preisstützen zu treffen. Für den deutschen Roggenbau sei die Aufhebung der Zwischengülle deswegen ohne entscheidende Bedeutung, weil man es unterlassen habe, auch die Zwischengülle für Futterernte aufzuheben. Angesichts der starken Uebererzeugung an Roggen bedeute aber die fremde Futtermittelzufuhr neben einer Gefährdung des deutschen Kartoffelbaues vor allem eine starke Schädigung des deutschen Roggenbaues, da eine rentable Roggenverfütterung zur Entlastung des deutschen Roggenmarktes eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die Unzulänglichkeit der beschlossenen Maßnahmen in dieser Beziehung sei umso bedenklicher, als mit einer guten Getreideernte gerechnet werden müsse, also die Gefahr neuer Preisstützen nahelege. Eine wichtige Ergänzung des Verzehrszwanges wäre ein Mißschwung von ausländischem und inländischem Weizen. Im übrigen werde alles abhängig sein von den Ausführungsbestimmungen. Auf die Frage, ob die Führer der landwirtschaftlichen Einheitsfront ihre gemeinsame Arbeit zur Behandlung der nicht erfüllten Forderungen des Gemeinschaftsprogramms fortsetzen würden, erklärte Dr. Schiele, es herrsche die einmütige Auffassung, daß das geschlossene Vorgehen der landwirtschaftlichen Organisationen mehr denn je notwendig sei. Die erreichten Erfolge seien gewiß wertvoll, sei bedürftig aber des weiteren Ausbaues. Die Reichsbauernfront sei entschlossen, mit aller Energie dieses Ziel in enger Zusammenarbeit weiter zu verfolgen.

Rundgebung der Christlich-Nationalen Bauernpartei.

Frankfurt a. M. Der Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabgeordneter Hepp, eröffnete den Vertretertag der Christlich-Nationalen Bauernpartei.

Zur politischen Lage führte Reichstagsabgeordneter Döbrich aus: „Die Reichsregierung habe die Wirkung ihrer Erklärung zum 28. Juni dadurch selbst im Inland und Ausland zunächst gemacht, daß sie ihren Beamten die Teilnahme an den öffentlichen Rundgebungen verbot. Während führende Persönlichkeiten des Auslandes wie Lloyd George deutlich erklärt hätten, daß auf der Alltagsarbeit Deutschlands am Weltkriege das Verfall der Diktatur beruhe, schweie sich der deutsche Reichsaussenminister nicht, zu erklären, daß die Schuldfrage nicht für die deutschen Tributlasten die Grundlage bilde.“

Folgende Entschlieung wurde nach der Rede angenommen: „Vorstand und Vertreterversammlung bringen einstimmig folgendes zum Ausdruck: Der Kampf gegen Versailles und Kriegsschuldfrage wird gemeinsam mit

